

Arbeitsmappe AfD - Alternative für Deutschland?

November 2013

AfD – Alternative für Deutschland?

Kurzer Einstieg

Die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist eine rechts-konservative, nationalistische und populistische Partei.

Was heißt das?

Die AfD ist rechts, weil Sie Ansichten verbreitet, die rassistisch und sozialrassistisch sind. Sie ist nationalistisch, weil sie in der Europapolitik die Interessen Deutschlands gegen die Interessen der anderen europäischen Länder stellt. Ein Zusammenwachsen Europas soll verhindert werden. Sie will entweder die alten Nationalstaaten zurück oder einen Wirtschaftsraum der reichen Länder Nord-Europas. Um das werbewirksam zu verbreiten, arbeitet die AfD populistisch. Sie kritisiert den Euro und erweckt den Eindruck, mit dieser Kritik die Interessen des gesamten Volkes und aller deutschen Sparer/innen und Steuerzahler/innen zu vertreten.

Von rechten Gruppen wird die AfD als Türöffner für ihre Themen gesehen. Entsprechend äußerte sich der Pressesprecher der NPD, Frank Franz auf der homepage der NPD. Die AfD wird in den Medien stark beachtet und verbreitet hier auch Inhalte, die eine Schnittmenge zu Gruppen am rechten Rand haben.

Die AfD kann an Vorbehalte in der Bevölkerung anknüpfen. Viele Menschen merken, dass es ihnen in der Krise schlechter geht. Der Staat gibt Milliarden aus – angeblich für die Menschen der südeuropäischen Länder – ohne dass ein Erfolg in Sicht ist. Gleichzeitig verschlechtert sich die Lage vieler Menschen in Deutschland. Wer nicht ausreichend informiert ist, kann leicht für den Gedanken erwärmt werden, dass die gemeinsame Währung daran schuld sei. Denn zu DM-Zeiten war ja alles noch besser.

Man kann diese Kritik nicht einfach abtun. Man sollte sich damit beschäftigen, denn viele der Kritikpunkte an der Europapolitik sind berechtigt. Es gibt von links und von rechts Argumente und Vorschläge zu Europa. Wie eine soziale und friedliche Lösung im Sinne der Menschen aussehen könnte, das muss auch die linke Bewegung noch genauer entwickeln. Im Europawahlkampf haben wir die Möglichkeit für einen Neustart in Europa zu werben: für Frieden und soziale Gerechtigkeit – gegen ein Europa der Konzerne und Banken. Dazu müssen wir die Europapolitik der Bundesregierung hart angreifen. Tun wir das nicht, überlassen wir den Rechtspopulisten das Feld.

Das Programm der AfD behandelt neben dem Thema „Europa“ besonders folgende Punkte: Steuerpolitik, Familienpolitik, Einwanderung. Ihre steuerpolitischen Vorstellungen schonen große Vermögen. In der Familienpolitik wird ein konservatives Weltbild beschworen: Schutz für die Familie als Keimzelle der Gesellschaft, keine Gleichstellung homosexueller Beziehungen, keine

vollständige Gleichstellung der Frauen. Neuordnung des Einwanderungsrechts, das qualifizierte und integrationswillige Migranten bevorzugt und die Zuwanderung in unsere Sozialsysteme unterbindet.

Mit wenigen Forderungen und Rezepten sammelt die AfD Wählerinnen und Wähler. Als Partei ist sie ein Sammelbecken für Leute, die die Union heute als zu weichgespült betrachten und rechts von ihr angesiedelt sind.

Weiteres Material findet ihr unter:

http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studie_RechteParteien_Europa.pdf

Eine Wissenschaftliche Untersuchung beschäftigte sich mit der AfD: http://www.boell-nrw.de/downloads/AFD_Studie_FORENA_HBS_NRW.pdf Hier kann man tiefer gehende Informationen erhalten.

http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Aufstieg_des_Rechts-populismus_auch_in_Deutschland.pdf

Die Partei und ihre Mitglieder

Die Alternative für Deutschland ging als Partei aus dem 'Verein zur Unterstützung der Wahlalternative 2013' hervor, initiiert von Bernd Lucke, Alexander Gauland, Gerd Robanus und Konrad Adam. Ursprünglich war eine Unterstützung der Freien Wähler bei der Bundestagswahl 2013 angedacht. Deshalb unterstützte dieser Verein die Freien Wähler bei der Landtagswahl 2013 in Niedersachsen. Während der Zusammenarbeit kam es jedoch zu Uneinigkeiten, was dann zu der Parteigründung der AfD im Februar 2013 führte. Schon bei der Parteigründung gibt es einen interessanten Aspekt: die Entstehung des Parteiprogramms. Es lag beim Gründungsparteitag fertig vor und wurde ohne Debatte „bewilligt“. Dies ist ein krasser Widerspruch zu den beschlossenen Inhalten: „(...)mehr direkte Demokratie auch in den Parteien.“¹

In kürzester Zeit wurden – zum Teil schon vor der Gründung am 6. Februar 2013 – Landesverbände aufgebaut. Von März bis Mitte Mai waren die 16 Landesverbände gegründet. In dieser Zeit wurde in den Medien ausführlich über die AfD berichtet. Besonders Bundessprecher Bernd Lucke wurde zu Interviews und talk-shows eingeladen.

Die Mitgliedschaft der AfD besteht zu großen Teilen aus ehemaligen Unions- und FDP-Mitgliedern und ist hauptsächlich männlich. Der Frauenanteil liegt bei ca. 15 Prozent. Das Durchschnittsalter beträgt ca. 50 Jahre. Die Mitglieder sind überdurchschnittlich gebildet und finanziell gut gestellt. Insgesamt gab es im Juli 2013 ca. 15.000 Mitglieder². Wie sich genau die AfD finanziert, ist nicht klar. Sie selbst sagen, sie finanzieren sich aus Spenden. Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung vermutet, dass zum Beispiel der Milliardär August von Finck (Mövenpick) Geld in den Wahlkampf gesteckt hat. Die Kosten des Bundestagswahlkampfes der

¹ Wahlprogramm der AfD – Programmpunkt „Rechtsstaatlichkeit und Demokratie“

² Heinrich Böll Stiftung: „Die Alternative für Deutschland – eine neue rechtspopulistische Partei?“ S. 47

AfD werden auf 8,5 Millionen geschätzt. Es gab kaum ehrenamtliche Arbeit, sondern professionelle Agenturen haben den Wahlkampf durchgeführt. Ein Spendenaufruf zur Wahl soll in zwei Tagen 450 000 Euro eingebracht haben. Mitgliedsbeiträge müssen quartalsweise im Voraus gezahlt werden. Der Schatzmeister bezifferte im April 2013 ein Barvermögen von 300 000 Euro.

Nach Meinungsumfragen verschiedener Institute könnte die AfD bis zu 24 Prozent der Wählerinnen und Wähler erreichen. Doch bei den Bundestagswahlen kam sie auf 4,7 Prozent. Bei den hessischen Landtagswahlen auf 4 Prozent. Es kann damit gerechnet werden, dass sie die 3 Prozent-Hürde bei den Europawahlen am 25. Mai 2014 überspringen wird.

Die Wähler/innen der AfD kamen laut Infratest dimap aus folgenden Richtungen:

Von der Linken: 340 000 Stimmen, von der CDU/CSU: 290 000 Stimmen, von der FDP: 180 000 Stimmen, von den Grünen 90 000 Stimmen, Nichtwähler/innen: 210 000 Stimmen. Die besten Ergebnisse erzielte die AfD in den Ostdeutschen Bundesländern.

Das Meinungsforschungsinstitut ISNA sagt: 36% der AfD Wähler haben früher FDP gewählt, 24% CDU/CSU. Die Wähler/innen kämen hauptsächlich aus dem radikalisierten bürgerlichen Lager.

Bundessprecher und Vorstand der AfD

Die AfD hat drei Bundessprecher:

Bernd Lucke: EU-Kritiker und Verfechter eines Nord-Europas und Süd-Europas. Lucke über Südeuropa: *„Wenn die Menschen in diesen Ländern weniger und entspannter arbeiten wollen und dafür weniger Wohlstand in Kauf nehmen, bitte schön. Das eigene Glück zu verfolgen ist doch das elementare Recht jedes Volkes.“* Lucke mag reißerische Ausdrücke und Aktionen: zum Beispiel eine Euro-Verbrennung am Brandenburger Tor. Männer mit Sonnenbrillen, Zigarren und dunklen Anzügen verbrannten nachgemachte 500-Euro-Scheine, bis AfD-Leute im hellblauen Anzug das Feuer löschten. Lucke sagte, man erlebe heute *„die größte Geldvernichtung seit der Inflation von 1923“*.

Lucke ist Professor für Makroökonomie an der Universität Hamburg. Er war Stipendiat der Volkswagenstiftung. 1990 Wissenschaftlicher Referent beim „Sachverständigenrat zur Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in der DDR“. 1991 Promotion im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften. Von 1991 bis 1992 Referent bei Elmar Pieroth (CDU), Senator für Finanzen in Berlin. 1992 bis 1998 wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Freien Universität Berlin. 1997 Habilitation in Volkswirtschaftslehre und Ökonometrie. Seit 1998 Professor und geschäftsführender Direktor des Instituts für Wachstum und Konjunktur. Zwischen 2000 und 2007 Forschungsarbeiten im Nahen Osten. 2004 Berater der Weltbank zum Nahen Osten. 2007 bis 2008 Gastprofessor in Vancouver/Kanada. Lucke ist verheiratet und hat fünf Kinder.

Konrad Adam: gilt als konservativ-intellektueller Stratege, lebt in Oberursel. Er arbeitete bei dpa, dann als Feuilletonredakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und Chefkorrespondent der Welt in Berlin. Zusammen mit Professor Vaubel (Beirat der AfD) fabuliert er über eine Begrenzung des Wahlrechts. Zitat Wikipedia: *„Konrad Adam in Die Welt, 16. Oktober 2006: ‚Neulich hat ein Gastautor auf diesen Seiten den Vorschlag gemacht, den von ihm sogenannten Nettostaatsprofiteuren das Wahlrecht zu entziehen. In diese Kategorie gehören nach seiner Definition nicht*

nur die Beamten, die im Staat ihren Arbeitgeber sehen, und nicht nur alle diejenigen, die weniger für die Politik als von der Politik leben, die Mehrzahl der Berufspolitiker also, sondern auch und vor allem die Masse der Arbeitslosen und der Rentner. [...] Vor diesem Hintergrund klingt die Anregung, den Inaktiven und Versorgungsempfängern das Wahlrecht abzuerkennen, provokativer, als sie tatsächlich ist.'" Diese Idee stammt schon aus den siebziger Jahren. Sie kommt von dem Ökonomen Friedrich August von Hayek.

Adams Freund Vaubel nennt mehrere Möglichkeiten, wie die "*Leistungseliten vor der Tyrannei der Mehrheit*" geschützt werden könnten. Er überlegt auch, den "*Bereich des progressiven Einkommenssteuertarifs*" zur Grundlage für Wahlberechtigung zu machen, schränkt dann jedoch ein: "*Aber diese Regelung wäre recht unscharf und eher einer direkten Demokratie angemessen.*" Dies lässt das Eintreten der AfD für bestimmte Formen der Direkten Demokratie in einem ganz neuen Licht erscheinen.

Frauke Petry: Die promovierte Chemikerin ist Unternehmerin. Ihre mittelständische Firma stellt u.a. ein Reifenfüllmittel aus nachwachsenden Rohstoffen her.

Dem Vorstand gehören außerdem an:

Patricia Cascale: war vor ihrer Wahl ehrenamtlich im Sekretariat der AfD tätig. Sie ist das einzige „einfache“ Mitglied im Vorstand, ohne akademischen Titel, vorher parteilos.

Roland Klaus: freier Finanzjournalist und Internet-Unternehmer, er arbeitete u.a. für n-tv, N24 und CNBC, vorher parteilos. Sein letztes Buch heißt: „*Wirtschaftliche Selbstverteidigung*“.

Alexander Gauland: ist Gründungsmitglied der „Wahlalternative 2013“ und der AfD, vorher CDU. Er versteht sich als Kämpfer gegen linke „*Meinungsdiktatur*“. Seiner Meinung nach besteht bei gesellschaftlichen Debatten ein "*Hang zu Intoleranz*". „*(E)ine vom Mainstream abweichende Position*“ würde schnell ins „*moralische Aus*“ gedrängt. Als Beispiele nennt er die Frauenquote, Genderpolitik, Zweifel am menschengemachten Klimawandel, Zuwanderung...

1970 bis 1972 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, von 1974 bis 1975 Generalkonsul in Edinburgh, danach für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion tätig. Ab 1977 Büroleiter des Frankfurter Oberbürgermeisters Walter Wallmann. Ab 1987 Staatssekretär in der hessischen Staatskanzlei unter Ministerpräsident Walter Wallmann (CDU). Autor des rechts-konservativen Magazins „*Criticón*“. Herausgeber und Geschäftsführer der *Märkischen Allgemeinen Zeitung*. Zitat Wikipedia: „*In einem Zeitungsbeitrag im Jahr 2012 attestierte er den Deutschen ein ‚gestörtes Verhältnis zur militärischen Gewalt‘, sprach sich für ein Verständnis des Kriegs als ‚Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln im Sinne von Clausewitz‘ aus und konstatierte einen ‚diffusen Ganzkörperpazifismus‘*“.

Beatrix Diefenbach: Berufsschullehrerin und vorher CDU-Mitglied, betreibt eine Pferdepenion.

Wolf-Joachim Schünemann: Versicherungsmakler und Gründungssprecher der AfD Bayern. Sehr umstritten wegen seines taktischen Verhältnisses zur innerparteilichen Demokratie.

Irina Smirnova: kommt aus St. Petersburg und ist Professorin mit zweifachem Dokortitel. Sie vertritt Forderungen wie Zwangsunterricht zur Integration, Kürzung des Krankengeldes (Krankenkasse zahlt nur 20 Prozent ab der zweiten Woche), Stimulierung der Geburtenrate unter der gebildeten Bevölkerung.

Norbert Stenzel: jahrzehntelang Mitglied und Schatzmeister der CDU im Wetteraukreis, heute Schatzmeister der AfD-Bundespartei. Geschäftsführer eines mittelständischen Unternehmens.

Aufschlussreich ist auch die Zusammensetzung des wissenschaftlichen Beirates. Diese Partei, die von sich behauptet, mehr als die Anti-Euro-Thematik besetzen zu können, holt sich ausschließlich Volkswirtschafts-Professor/innen in den Beirat. Es sind dies: Jörn Kruse und Dirk Meyer (Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr, Hamburg), Roland Vaubel (Universität Mannheim), Joachim Starbatty (Universität Tübingen) und Helga Luckenbach (Justus-Liebig-Universität, Gießen).

Prominentester Vertreter aus der Unternehmerriege ist Ex-BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel. Er verbreitete als Deutscher Industrieller stets eine nationale Gesinnung und kämpfte gegen Arbeitnehmerrechte und eine soziale Politik. Die Verachtung der „Elite“ gegen die „Unterschicht“ trat auch zu Tage, als Henkel als Berater der Bank of America das „redlining“ (eine rote Linie ziehen) vorschlug: Bewohner/innen armer Stadtviertel sollten generell keine Kredite mehr erhalten. Heute will er eine rote Linie quer durch Europa ziehen, um die „Leistungseliten“ vor dem Pöbel zu schützen.

Am 15. Juni 2013 hat sich ein Jugendverband gegründet, der „Junge Alternative für Deutschland“ heißt. Kurz wird er „Junge Alternative“ genannt. Der Vorsitzende ist Torsten Heinrich. Der hatte 2010 mehrere Schweigemärsche durch Würzburg veranstaltet, bei denen an die in Afghanistan umgekommenen deutschen Soldaten erinnert wurde.

Nicht links, nicht rechts: Alternativ?

Die AfD will weder links noch rechts sein, sondern ein Alternative aus der Mitte der Gesellschaft. Doch sie argumentiert national, ausländerfeindlich und unsozial. Der Begriff „Identität“ spielt eine große Rolle: die nationale Identität wird beschworen. Menschen sind nach dieser Theorie nicht gleich. Die Identität der Deutschen muss geschützt werden: gegen Ausländer und Sozialschmarotzer. Das ist eindeutig politisch rechts anzusiedeln.

Die AfD ist keine rechtsextreme oder neonazistische organisierte Partei. Doch sie steht rechts von der CSU/CDU. An ihrem rechten Rand bestehen Überschneidungen zur rechten politischen Szene. So sind die Mitglieder der AfD Karl Albrecht Schachtschneider und Joachim Starbatty ehemalige Aktivisten im „Bund Freier Bürger“. Dieser rechtsgerichtete Bund verbreitete von 1994 bis 2000 EU-feindliche, unsoziale und nationale Positionen.

Es bestehen Vernetzungen und teilweise Personalüberschneidungen in rechtskonservative bis rechte Verbände, Gruppen und Firmen. Hier findet ihr eine (nicht vollständige) Aufzählung, die ein Bild vermittelt, in welchen Kreisen die AfD verkehrt:

Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft, Plenum der Ökonomen, Die Familienunternehmer-ASU, Bündnis Bürgerwille, Stop ESM, Zivile Koalition, die Zeitschrift „eigentümlich frei“, Partei „Die Freiheit“, Republikaner, pro DM, pro Köln, pro NRW, pro Deutschland, Burschenschaft Franconia, Burschenschaft Hannovera Göttingen, Dachverband Deutsche Burschenschaften, Landsmannschaft Ostpreußen, Schlesische Jugend Thüringen, Rotary-Club, Bund katholischer Unternehmer, , Konservativ-freiheitlicher Kreis Hamburg, Identitäre Bewegung, Internetportal „political incorrect“, Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft, Bund Freier Bürger, Bürger

in Wut, Preussische Allgemeine Zeitung, Partei der Vernunft, Aktionsbündnis Direkte Demokratie, ...

Offiziell nimmt die AfD keine Mitglieder von NPD und DFU auf. Ausnahmen sind nach einem Gespräch und einem Vorstandsbeschluss möglich. Doch die AfD ist nachweislich ein Sammelbecken für enttäuschte Aktivisten kleiner Parteien am rechten Rand. Die rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ sieht in der AfD eine Hoffnungsträgerin für Deutschland. Von extrem rechten Organisationen und der NPD wird die AfD jedoch kritisiert, weil sie in einigen Positionen nicht konsequent genug rechts ist. Zum Beispiel, weil sie gut ausgebildete Ausländer in Deutschland aufnehmen will. Und weil sie nicht konsequent genug die Wiedereinführung der DM fordert. Doch die Nazis wollen dennoch von der AfD profitieren. Dieser Partei komme *„natürlich ungewollt (...) eine Eisbrecher- und Türöffner-Funktion für die viel weitergehende EU-Kritik der NPD zu“*, erklärte Pressesprecher Frank Franz auf der homepage der NPD (abgerufen am 1.9. 2013).

Eine interessante Randnotiz: Der Bundessprecher der AfD, Konrad Adam, schrieb in „Die Welt“: *„Nur der Besitz schien eine Garantie dafür zu bieten, dass man vom Wahlrecht verantwortlich Gebrauch machte. Erst später, mit dem Aufkommen der industriellen Revolution und seiner hässlichsten Folge, der Massenarbeitslosigkeit, ist die Fähigkeit, aus eigenem Vermögen für sich und die Seinen zu sorgen, als Voraussetzung für das Wahlrecht entfallen. Ob das ein Fortschritt war, kann man mit Blick auf die Schwierigkeiten, die der deutschen Politik aus ihrer Unfähigkeit erwachsen sind, sich aus der Fixierung auf unproduktive Haushaltstitel wie Rente, Pflege, Schuldendienst und Arbeitslosigkeit zu befreien, mit einigem Recht bezweifeln. Das Übergewicht der Passiven lähmt auf die Dauer auch die Aktiven und zerstört den Willen zur Zukunft.“*

Die Nazi-Kameradschaft Höri-Bodensee schreibt dazu: *„Wir vertreten die Meinung, dass die Politik dem Wohl des Volkes dienen sollte und das Volk besteht eben nicht nur aus gesunden, hochleistungsfähigen Personen. (...) Wer sich nur um die kümmert, um die man sich nicht kümmern muss, ist asozial.“*

Die AfD in Hessen

In Hessen traten einige bekannte Politiker/innen von FDP und CDU der AfD bei:

Jochen Paulus: der FDP-Landtagsabgeordnete verließ die FDP-Fraktion und wechselte zur AfD.

Paulus gab sein Mandat nicht zurück.

Brigitte Susanne Pöpel: Stadtverordnete in Wiesbaden gehörte 25 Jahre der FDP an. Sie fühlte sich als Frau in der FDP an einer Karriere gehindert. Sie gehört nun einer neuen Fraktion im Wiesbadener Stadtparlament an, zusammen mit Veit Wilhelmy (ehemaliger Linker Stadtverordneter) und dem Freien Wähler Christian Bachmann.

Wolfgang Hübner: vormals Vorsitzender der Freien Wähler Frankfurt/Main. Heute stellvertretender Landessprecher der AfD Hessen. Hübner ist ein gnadenloser Rechtspopulist, der im Kommunalwahlkampf 2011 ausländerfeindliche Plakate veröffentlichte – ganz im Stil der NPD. Mitte Mai 2013 äußerte er sich in der Monatszeitschrift „Zuerst“, dass die NSU-Morde *„politisch instrumentalisiert“* würden und die *„Situation“* werde *„von verschiedenen Einwanderer-Lobbyisten*

in unverschämter Weise“ genutzt um vom „Staat zusätzliche materielle und ideale Zuwendungen zu fordern.“³

Albrecht Glaser: ehemaliges CDU-Mitglied, von 1995 bis 2001 Stadtkämmerer in Frankfurt am Main.

Ursula Braun-Moser: ehemalige Europaabgeordnete der CDU aus Bad Vilbel/Wetterau.

Henrich Hofsommer: CDU-Mitglied und ehemaliges Mitglied im hessischen Landtag, ehemaliger Schulleiter der Jahnschule in Hünfeld.

Das Programm der AfD

Das Wahlprogramm der AfD ist kurz und enthält folgende Schwerpunkte:

- Weg mit dem Euro und zurück zu Nationalstaaten oder Teilung des Euro-Raums in Nord-Staaten und Süd-Staaten mit eigener Währungszone. Die Wiedereinführung der DM darf kein Tabu sein.
- Abbau von Bürokratie – insbesondere bei der EU. Die Gesetzgebung muss zurück zu den nationalen Parlamenten. Abgeordnete müssen auf Nebeneinkünfte verzichten.
- Vereinfachte Steuersätze, wie sie der Steuerrechtler und CDU-Politiker Kirchhof im Wahlkampf 2005 vorgeschlagen hat: eine einheitliche Steuer von 25 Prozent für alle Einkommensklassen und dadurch eine Entlastung beim Spitzensteuersatz. Freibeträge sollen kleinere Einkommen entlasten (15%, 20%).
- Eine neue Sparpolitik. Schulden sollen abgebaut werden. Da der Staat mit der AfD-Steuerpolitik weniger Steuern einnehmen würde, muss gespart werden. Wo gespart werden soll, verschweigt das AfD-Programm. Doch Äußerungen von AfD-Funktionären machen deutlich, dass der Rotstift die Lohnabhängigen und Empfänger von staatlichen Sozialleistungen treffen soll.
- Befürwortung einer direkten Demokratie, (Volksabstimmungen wie in der Schweiz), Öffnung der Demokratie nach rechts, (Angriff auf die „linke Hegemonie“/political correctness), Aktualisierung des Begriffs „Volkswillen“ – „degenerierte“ Politiker und Parteien manipulieren den Volkswillen. Dagegen setzt die AfD Volksabstimmungen (Plebizit in der Hoffnung dass die Volksseele kocht).
- Kontrolle der Einwanderung nach Deutschland: gut ausgebildete Ausländer sind willkommen, doch andere sollen kein Aufenthaltsrecht bekommen.
- Schutz der Familie als Keimzelle der Gesellschaft und keine Anerkennung anderer Lebensformen. Steigerung der Geburtenrate bei der deutschen Bevölkerung. Bildung als Kernaufgabe der Familien – Kitas und Schulen dienen nur als Ergänzung.
- Subventionierung der Energiewende aus dem Steueraufkommen.

Dass sich das Programm der AfD auf wenige Themen beschränkt, ist eine bewusste Strategie. Es knüpft an Vorurteilen in der Bevölkerung an und nutzt Ängste aus. Die AfD arbeitet mit positiv

³ Hübner, Wolfgang: Die „NSU“-Morde werden politisch instrumentalisiert! abgerufen 30.8.2013, <http://www.freie-waehler-frankfurt.de/artikel/index.php?id=408>

besetzten Begriffen, wie Heimat, Tradition, Religion, Kultur... Doch eigentlich will sie linke, offene und fortschrittliche Vorstellungen zurückdrängen.

Dabei spielt die konservative Vorstellung von Familienpolitik eine besondere Rolle. Hier werden gleich mehrere Kampflinien aufgemacht: Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften werden nicht akzeptiert und die volle Gleichberechtigung der Frauen wird angezweifelt. Wenn Bildung vor allem die Aufgabe der Familien sein soll, dann ist das grob fahrlässig. Denn nur mit einem guten staatlichen und kostenfreien Bildungssystem können Kinder sozial deklassierter Familien ihren sozialen Status verbessern. Wenn die Familie hauptsächlich für die Bildung zuständig ist, verstärkt sich die soziale Selektion. Gute Bildung ist dann elitär. Menschen mit geringem Einkommen fehlen die Mittel, ihre Kinder zu fördern.

Die Einwanderungspolitik der AfD muss eher als eine „*Neuordnung*“ gelesen werden. Gefordert wird ein Einwanderungssystem nach kanadischem Vorbild. Dieses ist ein Punktesystem, welches sich an Faktoren wie Bildung, Sprachfähigkeiten, Alter, etc. bemisst. Das würde eine Verschärfung für Zuwanderer bedeuten. Einwanderung würde dann eher unter dem Gesichtspunkt ökonomischer Nützlichkeit bewertet werden und an dem Willen, sich der Gesellschaft voll unterzuordnen (Assimilation).

Die größte Aussagekraft des Wahlprogramms liegt wohl im Nichtgesagten. Soziale Gerechtigkeit, Gesundheitspolitik, Ökologie, Friedenssicherung etc. sind Themen, die bei der AfD nicht vorhanden sind. Die Programmpunkte sind stark vom wirtschaftlichen Nutzen beeinflusst. In ihren Reden zeigen sich die Vertreter der AfD marktradikal. Das heißt, sie setzen auf wenig Staat und viel Privatwirtschaft.

Ein solches Programm dient nur der Wirtschaft. Die Mehrheit der Menschen, die staatliche Einrichtungen braucht, weil sie private Schulen, Krankenhäuser, Straßen, Verkehrsmittel usw. nicht bezahlen können, geht leer aus.

Kritik am Euro ist nicht gleich Kritik am Euro.

Die AfD sagt: „*Deutschland braucht den Euro nicht.*“ In öffentlichen Statements wird häufig die richtige Kritik geäußert, dass den Menschen von den aufgewendeten Rettungsmilliarden nicht wirklich etwas zu Gute kommt. Doch die Vorschläge der AfD, wie es nach der Auflösung des Euro weiter gehen soll, sind keine Lösung für diese Menschen: Da wird eine Art Kampf der Nationalstaaten gegeneinander konstruiert. Deutschland soll die Möglichkeit haben, hilfsbedürftige Staaten aushungern zu lassen – mit Hilfe eines Veto-Rechts. Man hofft, dass die vermeintlichen Pleitestaaten freiwillig „*gehen möchten*“⁴.

Doch gerade Deutschlands Wirtschaft und die deutschen Banken haben mit dem Euro viel Geld verdient. An dieser Wirtschaftspolitik will die AfD deshalb nichts ändern. Unter dem Deckmantel der Eurokrise sollen noch bessere Möglichkeiten für die Wirtschaft geschaffen werden: noch geringere Steuern für Reiche, noch weniger staatliche Einrichtungen, noch niedrigere Löhne, noch mehr Ausbeutung.

⁴ Ebd.

Dabei gibt es viele berechtigte Kritikpunkte an Europa: Linke Ökonomen kritisieren, dass es versäumt wurde, eine europäische Wirtschafts- und Sozialunion zu schaffen. So konnte es keine gemeinsame Entwicklung der Länder geben. Konzerninteressen wurden von der EU gefördert – gegen staatliche und gegen solidarische Lösungsansätze. Zum Beispiel die Versuche, Trinkwasser zu privatisieren oder der derzeitige Versuch, Kleingärtnern und kleinen Landwirten die Verwendung eigenen Saatguts zu verbieten. Wirtschaftliche Probleme und die Gängelung durch die EU führten zu keiner Identifikation der Menschen mit Europa. Stattdessen setzen sich wirtschaftlich starke Länder wie Deutschland mit Lohndumping und einer aggressiven Exportwirtschaft gegen die schwächeren Länder durch. Eine gemeinsame Währung alleine reicht eben nicht für eine gemeinsame europäische Zukunft.

Die AfD will an dieser Fehlentwicklung jedoch nichts ändern. Sie stellen sich nicht gegen Lohndumping, sie wollen keine Wirtschafts- und Sozialunion in Europa. Sie sehen im Zusammenwachsen der Völker eine Bedrohung und keine Chance. Sie wertschätzen die lange Friedenszeit in Europa nicht, sondern können sich Krieg als Mittel der Politik vorstellen. Somit ist die AfD genauso alternativlos wie die anderen bürgerlichen Parteien. Sie will die neoliberalen Konzepte nur konsequenter umsetzen: durch ein Abdrängen der Gesellschaft nach rechts.

Die AfD will also zurück zum „*Europa souveräner Staaten*“. Zwar will sie auch irgendwie „*in guter Nachbarschaft*“ leben, aber bloß „*keine EU als Einheitsbrei*“⁵ (Bernd Lucke). Welchen Einheitsbrei Lucke genau meint, wird klar, wenn er sagt: ... „*jedes Volk soll sein spezifisches Gepräge erhalten*“. Es geht ihm um die Reinhaltung nationaler Kultur. Was auch immer das genau sein soll. Hoffentlich nicht nur eine Spielart des Ethnopluralismus, wie er beispielsweise auch von der NPD vertreten wird: Jeder Mensch hat seine Daseinsberechtigung in seinem Biotop. Der Türke lebt glücklich im türkischen Biotop, der schwarze im afrikanischen und der deutsche im deutschen Biotop. Jetzt hoffen wir nur, dass wir nicht wieder ein Volk ohne Raum werden und einen Krieg für ein größeres Biotop anfangen müssen. Da verwundert es nicht, dass sich die NPD bei der AfD für Tabubrüche bedankt.

⁵ Ebd.